

Einen plötzlichen Sinneswandel hatte wohl niemand ernsthaft erwartet: EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș hat bei seinem Besuch in Sachsen und Sachsen-Anhalt am Montag seine Vorschläge für die künftige Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) verteidigt und dabei insbesondere die aus seiner Sicht notwendige Degression und Kappung der Direktzahlungen gerechtfertigt. Bei seiner Visite der Agrargenossenschaft Cobbeledorf (Sachsen-Anhalt) und der anschließenden Diskussion mit den Agrarministern Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens sowie Vertretern landwirtschaftlicher Verbände sagte er, dass die Zahlungen an die Landwirtschaft gegenüber der europäischen Bevölkerung transparent und an Leistungen gebunden sein müssten. Die mitteldeutschen Agrarminister erneuerten ihre Forderung, die ostdeutschen Agrarbetriebe bei der Reform der GAP nicht zu benachteiligen.

Erste Station der Reise des Kommissars war Cobbeledorf im Landkreis Wittenberg, wo er sich die örtliche Agrargenossenschaft – einen vielseitig aufgestellten Großbetrieb – ansah. Vorstandsvorsitzender Horst Saage stellte dem Gast das Unternehmen vor. Es ist ein Gemischbetrieb mit Marktfreud- und Futterbau auf 2 400 ha, Milchvieh und Schweinezucht. Die Genossenschaft wird von 170 Mitgliedern/Anteilseignern getragen und beschäftigt gut 50 Mitarbeiter. Über 350 Landeigentümer haben ihr Flächen verpachtet. Die Ökodomäne Cobbeledorf GmbH, ein Tochterbetrieb der eG, betreibt zudem auf fast 400 ha Ökolandbau und hält 90 Mutterkühe sowie rund 250 Mutterschafe.

Saage bat den Agrarkommissar, seine Entscheidungen zur Reform der Agrarpolitik nicht allein an der Größe der Betriebe festzumachen, sondern daran, ob sie gut und nachhaltig wirtschaften und in welchem Umfang sie Arbeitsplätze schaffen und Wertschöpfung für den ländlichen Raum erbringen. „Wir wollen ihnen zeigen, dass auch in einem 2 400-ha-Betrieb nach bäuerlichen Grundsätzen gewirtschaftet werden kann“, sagte Saage und lud den Agrarkommissar zu einem Rundgang durch die Milchviehanlage ein, wo Vorstandsmitglied Egbert Laaß Rede und Antwort zu weiteren Fragen von Cioloș und seinen Begleitern stand.

In Schkeuditz war es dann am Agrarkommissar, Rede und Antwort zu stehen. Er bitte darum,

Geld nur gegen Leistung

Agrarkommissar Dacian Cioloș rechtfertigt bei seinem Besuch in Mitteldeutschland seine Reformvorschläge für die Agrarpolitik der EU.



In der Cobbeledorfer Agrargenossenschaft machte sich Cioloș ein Bild von der Arbeit eines ostdeutschen Großbetriebes.

FOTO: DETLEF FINGER

seine Beweggründe anzuhören, warb er um Verständnis vor den Zuhörern aus Politik, Landwirtschaftsverbänden und Medien. Die Zahlungen an die Landwirtschaft stünden in der europäischen Öffentlichkeit in der Kritik. Es sei nicht mehr vermittelbar, Direktzahlungen allein mit dem Ziel der Einkommensstützung zu verbinden. Und dies insbesondere nicht bei großen Betrieben. Stattdessen bedürfe es weiterer Ziele zur Rechtfertigung der Zahlungen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen sei ein solches Ziel.

Auf den Vorwurf von Sachsens Agrarminister Frank Kupfer, seine Vorschläge förderten weitere Bürokratie, entgegnete Cioloș, dass es notwendig sei, die Einhaltung der Bedingungen, mit denen die Direktzahlungen verbunden sein sollen, zu kontrollieren. Das beklagte Ausmaß an Bürokratie sei oft nicht in Brüssel entstanden – sondern in den einzelnen Mitgliedstaaten, wo die Vorgaben unterschiedlich angewandt würden.

Die Kritik an der Reservierung ökologischer Vorrangflächen im Rahmen des „Greenings“ hält Cioloș für einen „Interpretationsfehler“. Es sei nicht gemeint, dass sieben Prozent der Ackerfläche stillgelegt werden müssten. Eingerechnet werden könnten auch Brachflächen, Gehölzstreifen und Meliorationsgräben – Flächenstücke also, die bislang nicht beihilfefähig waren.

Unwiderrspochen blieben die Ausführungen des Kommissars nicht. Thüringens Bauernpräsi-

dent Klaus Kliem fragte, wer denn eine Garantie gebe, dass die Kosten für Arbeitskräfte voll in die Berechnung der Direktzahlungen einfließen. Zugleich forderte er, dass der Anbau von Eiweißpflanzen als Greening-Maßnahme anerkannt werden soll. Dies sei gut für die Umwelt und sichere die Eiweißfuttermittelversorgung Europas. Sein Amtskollege aus Sachsen-Anhalt, Frank Zedler, verwies auf die Cross-Compliance-Auflagen, die schon jetzt eingehalten werden müssten, um die Betriebsprämie zu bekommen – die Zahlungen mithin nicht nur der Einkommensstützung diene. Der Präsident des Mitteldeutschen Genossenschaftsverbandes, Dietmar Berger, brachte seine Befürchtung zum Ausdruck, dass die Arbeitskräfte-Regelung nicht WTO-konform sei und darüber hinaus auch andere Wirtschaftszweige eine Förderung in Abhängigkeit von ihrer Beschäftigtenzahl einfordern könnten.

Unterstützung für Degression und Kappung unter Beibehalt der Arbeitskräfte-Regelung signalisierte hingegen der Präsident des Deutschen Bauernbundes, Kurt-Hennig Klamroth. Er sagte zur Begründung, „bäuerliche Betriebe“ beschäftigten mehr Arbeitskräfte pro Hektar und erwirtschafteten mehr Gewinn – was umgehend auf Widerspruch von Thüringens Minister Jürgen Reinholz stieß. Klamroth sagte weiter, der Kommissar habe in Cobbeledorf zwar einen Großbetrieb gesehen, der viele Men-

schen beschäftige. Es gebe aber auch reine Ackerbaubetriebe, die mit fünf Beschäftigten 5 000 ha bewirtschafteten. Beim Greening stimme jedoch die Position des Bauernbundes mit der des Bauernverbandes überein. Reinhard Jung, Bauernbund Brandenburg, erklärte, vor allem mit Blick auf das zunehmende Engagement außerlandwirtschaftlichen Kapitals in der Landwirtschaft seien Obergrenzen für die Direktzahlungen angebracht.

Zu wenig berücksichtigt sah Jens Reichardt vom Bundesverband der Landwirte im Nebenberuf die kleinen und Nebenerwerbslandwirte. Reichardt fragte, wie die Aussage, nur aktive Landwirte sollten Förderung erhalten, zu verstehen sei.

Es liege nicht in seiner Absicht, die Nebenerwerbslandwirte auszugrenzen, präzisierte Cioloș. Vielmehr ziele diese Regelung auf große außerlandwirtschaftliche Unternehmen, die Land besitzen und dafür Direktzahlungen erhielten. Künftig müsse ein bestimmter Anteil des Einkommens aus der Landwirtschaft erzielt werden, um Beihilfen zu erhalten.

Als unkonkret und vage beschrieben viele Teilnehmer im Nachgang der Diskussion die Ausführungen des Kommissars. Auch die Begründung, die Bürger Europas verlangten nach Rechtfertigungen für die Förderung der Landwirtschaft, überzeugte die meisten nicht – auch weil sich Cioloș dabei auf eine Internetumfrage zu Beginn seiner Amtszeit stützt, an der sich lediglich einige Tausend Menschen beteiligten. Kappung, Greening, Bürokratie – nicht nur die drei Agrarminister Kupfer, Aikens und Reinholz sehen bei der GAP noch Nachbesserungsbedarf.

KARSTEN BÄR/DETLEF FINGER

Zuckermarktordnung

Rübenanbauer protestierten

Schkeuditz. Der Verband Sächsisch-Thüringischer Zuckerrübenanbauer nutzte den Besuch von Agrarkommissar Dacian Cioloș in Schkeuditz, um dort eine Fortführung der EU-Zuckermarktordnung bis 2020 zu fordern. Die Vorschläge des Kommissars nach Abschaffung der Zuckerquote gefährdeten den Zuckerrübenanbau in Mitteldeutschland. Zur Diskussionsrunde mit dem Kommissar war der Verband trotz Anfrage nicht eingeladen worden. KB